



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Berliner Brief.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Berliner Brief.

Berlin den 24. März.

Der Ministerwechsel kam Niemandem unerwartet; wer mit einiger Aufmerksamkeit den Gang der Dinge verfolgte, mußte sehen, daß, wie nachgibig auch die liberalen Minister sein mochten, sie doch am Ende an eine Grenze gedrängt werden würden, die sie nicht überschreiten konnten. Sobald die Alternative vor ihnen lag, entweder die großen politischen Grundsätze zu opfern, denen sie bis dahin ihre besten Kräfte gewidmet hatten, oder aus dem Rath der Krone zu treten, konnte es nicht mehr zweifelhaft sein, wie ihre Wahl ausfallen würde. Sie haben eine Stellung verlassen, welche unmöglich geworden war, und haben sich damit für eine bessere Zukunft möglich erhalten.

Aber nicht allein um der ausgeschiedenen Minister willen halten wir den eingetretenen Wechsel für ein Ereigniß, das nicht entfernt zu beklagen ist. Auch für die ganze Entwicklung unseres politischen Lebens ist es weit besser, daß wir aus der schwülen Atmosphäre eines Krankenzimmers wieder auf eine Zeitlang in einen frischen Nordostwind gerathen. Und vorzugsweise können grade die mittleren Parteien mit der eingetretenen Wendung zufrieden sein. Denn die Fortdauer des bisherigen Zustandes drohte die constitutionelle Partei in sich selbst zu demoralisiren und im Lande zu discreditiren. Wie konnte es anders sein? Im Ministerium saßen sie im Stände, ihre Ueberzeugungen durchzusetzen. In einer leicht erklärlichen gemüthlichen Täuschung befangen, hatten sie ihre Aemter übernommen, ohne sich vorher die nöthigen Garantien geben zu lassen. Dadurch geriethen sie in eine Stellung, die immer unhaltbarer wurde, je mehr in der nächsten Umgebung des Thrones die Strömung sich gegen sie wandte und je mehr in natürlicher Folge davon die Ungeduld im Volke wuchs. Dadurch gerieth auch die ganze constitutionelle Partei in eine unnatürliche und für sie selbst verderbliche Lage. Sie mocht: eine Regierung, in der ihre eigenen Freunde saßen, nicht angreifen, und doch konnte sie diese Regierung, welche nicht im Stande war, für die Verwirklichung ihrer Grundsätze etwas Ernsthaftes zu thun, nicht lebhaft und nachdrücklich unterstützen. So wurde die ganze Partei gelähmt und nur von der Rücksicht beherrscht, den Stoß zu pariren, der das bis dahin noch geduldete System zum Falle bringen mußte. Keine ungünstigere Lage läßt sich für eine parlamentarische Partei denken. Was das Schlimmste ist, sie löst sich dadurch allmählig von den Wurzeln ihrer Kraft. Im Volke hat man kein Verständniß für eine solche diplomatisirende Haltung und die öffentliche Meinung wendet sich daher mehr und mehr den rücksichtsloseren Extremen zu. Dies war während der letzten Session das unglückliche Verhältniß, unter welchem die Fraction Grabow litt. Alte Freunde bröckelten von ihr los, und die öffentliche Meinung erwartete nichts mehr von einer Partei, welche, wie es schien, nur noch die Fähigkeit besaß, den Principien die Spizen abzubrechen.

Dies wird jetzt anders. Die constitutionelle Partei tritt unter der Fahne der Opposition auf den Kampfplatz. Sie hat keine anderen Rücksichten zu nehmen, als die auf ihre eigenen Grundsätze. Also gibt grade der Ministerwechsel unseren Freunden Gelegenheit, nach unten das verlorene Terrain wieder zu gewinnen. Nach oben standen die liberalen Minister nur noch auf einer hoffnungslosen Defensiv. Wenn sie als Führer ihrer Partei zur Macht zurückkehren, werden sie eine viel stärkere Position einnehmen als früher. Es kommt jetzt nur darauf an, den praktischen Beweis zu führen, daß es auf die Dauer in Preußen unmöglich ist, gegen die öffentliche Meinung des Landes zu regieren.

Dieser Beweis wird um so leichter gelingen, je weniger jetzt die Organe der gemäßigteren und der fortgeschritteneren liberalen Partei sich in unnützem retrospectiven Gezänk gegen einander erziehen. Die Constitutionellen und die Fortschritts-

partei werden als zwei gefonderte Parteien bei den nächsten Wahlen auftreten; das ist nach dem Verlauf der letzten Monate nicht anders möglich. Aber es ist nicht einzusehen, warum sie nicht als verbündete Parteien sollten auftreten können. Der vornehmste Feind, welchen beide gemeinschaftlich zu bekämpfen haben, ist die Reaction, und diese hat keine andere Chance bei den bevorstehenden Wahlen, als den Hader zwischen den verschiedenen Fractionen der liberalen Partei. Was kann es der Sache des Fortschritts nützen, wenn jetzt die Presse der Fortschrittspartei den abgetretenen Ministern ihre Unterlassungssünden nochmals vorhält? Wissen wir doch alle, daß durch größere Entschiedenheit die Minister wohl früher ihre Entlassung, aber nicht die Durchführung ihrer Grundsätze hätten erlangen können. Eben so wenig aber ist zu begreifen, welcher Vortheil dem gemäßigten Liberalismus daraus erwachsen soll, wenn die Presse desselben die Demokratie zurückstößt und nicht daran glauben will, daß auch diese sich auf den Boden der Verfassung stellen und an dem Ausbau derselben ernsthaft mit arbeiten könne. Der günstige Erfolg der nächsten Wahlen wird zum Theil davon abhängen, ob diese unfruchtbaren Zänkereien vor der größeren und ernsteren gemeinschaftlichen Aufgabe zurücktreten.

Das neue Ministerium hat bis dahin noch nicht viel von sich hören lassen. Der Allerhöchste Erlaß vom 19. d. M. wird als das Programm der jetzigen Regierung betrachtet werden sollen. Im Ganzen hat derselbe eine beruhigende Wirkung gehabt. Von der Reaction waren zahlreiche Gerüchte in Umlauf gesetzt, nach denen Detroyirungen und Staatsstreiche bevorstehen sollten; solche beunruhigende Befürchtungen sind durch den Allerhöchsten Erlaß vorläufig niedergeschlagen. Der König will an den Formen der Verfassung festhalten, wenn er auch mit dem Geiße derselben sich nicht befreunden kann. Im Uebrigen beschränkt der Erlaß sich im Grunde darauf, aus dem Programm vom 8. Novbr. 1858 den Satz, daß bei den Reformen im Innern doch nicht mit der Vergangenheit gebrochen werden soll, nochmals besonders einzuschärfen und vor den irrhülmlichen Auslegungen zu warnen, bei welchen dieser Satz keine Berücksichtigung gefunden habe. Wenn außerdem erklärt wird, daß auch in Bezug auf die deutsche Politik der bisherige Standpunkt unverändert festgehalten werden soll, so scheint dabei eine kaum begreifliche Täuschung obzuwalten. Denn das Programm von 1858 sprach von „moralischen Eroberungen, die Preußen in Deutschland machen sollte. Herrn von der Heydt aber hätten wir für zu klug gehalten, als daß er sich selbst die Fähigkeit zutrauen sollte, moralische Eroberungen zu machen. Im Uebrigen scheint der Erlaß ein Festhalten an der verfassungsmäßigen Freiheit der Wahlen eher zu bestätigen als in Frage zu stellen.

Dieses Programm würde also der neuen Regierung noch nicht ein so übles Prognostikon stellen, wenn nicht zu gleicher Zeit in der Sternzeitung ein Commentar erschienen wäre, welcher die allgemeinste Entrüstung hervorruft. Die neueste Aera scheint einen Polizeiwachtmeister mit der Leitung der officiösen Presse beauftragt zu haben; wenigstens muß man dies aus dem Ton und der Sachkenntniß schließen, womit das Organ der Regierung das jetzige Programm entwickelt. Zuerst wird die Majorität der aufgelösten Kammer auf die Anklagebank gesetzt; aber dabei passirt der halbofficiellen Zeitung das Unglück, daß sie der Fortschrittspartei als Hauptverbrechen die Absicht vorwirft, für ihre Zustimmung zur Armeeeorganisation andere Concessionen von allgemein politischer Bedeutung sich erkaufen zu wollen. Aber es ist doch notorisch, daß diese Abkaufstheorie von der ganzen Fortschrittspartei unablässig bekämpft, dagegen gerade von dem bedeutendsten Organ der gouvernementalen Partei vertheidigt ist.

Uebrigens müssen wir uns erinnern, daß unsere jetzigen Minister noch großentheils Neulinge auf dem Gebiet des constitutionellen Staatslebens sind. Nur so läßt es sich entschuldigen und einigermaßen erträglich finden, daß jetzt wieder in officiellen und halbofficiellen Auslassungen der Regierung von „wohlgedenkenden“ oder von „übelgesinnten“ Klassen der Bevölkerung die Rede ist. Noch nie hat es einer

Regierung Vortheil gebracht, die Gesinnung ihrer Gegner zu verdächtigen. Für die Regierung muß jede politische Partei, die auf dem Boden der Verfassung steht, wohlwollend sein; übelgesinnt kann nur derjenige heißen, der außerhalb der Verfassung steht, der also entweder die Republik oder den Absolutismus will.

Der schlimmste Mißgriff aber, welcher dem halb-officiellen Blatte begegnen konnte, ist die Erklärung, daß es sich bei den nächsten Wahlen um die Frage handeln werde, „ob die Macht der Regierung bei der Krone bleiben, oder ob sie dem Abgeordnetenhaus zufallen soll.“ Schon vorher hatte die Kreuzzeitung dieselbe Parole ausgegeben. Es läßt sich begreifen, daß das Parteiorgan der extremen Reaction auf einen solchen verzweifelten Einfall kommt, daß es auf die noch ungeschwächte königliche Gesinnung der großen Mehrzahl der Bevölkerung speculirt und versucht, die Anhänger der Verfassung als Feinde des Königthums zu verleumdern. Aber für das Organ der Regierung ist ein solches Mittel eben so unwürdig wie unklug. Niemandem ist es eingefallen, den Prärogativen der Krone zu nahe zu treten; — nur das verfassungsmäßige Recht, nach bestem Ermessen innerhalb der Grenzen ihrer Competenz Ja oder Nein zu sagen, will die Volksvertretung sich auch dann nicht verkümmern lassen, wenn ein Lieblingsplan des Königs dadurch sollte gekreuzt werden. Dies ist ein einfacher constitutioneller Conflict, dessen Lösung nicht schwer sein kann, so lange jeder Theil der Schranken seiner Gewalt sich bewußt bleibt. Er wird eine schwere Krise für den ganzen Staat, sobald man den Conflict zu einem Gegensatz von königlicher und parlamentarischer Regierung steigert, oder sogar diesen Gegensatz offen als die demnächstige Wahlfrage proclamirt. Die Extreme beirren sich, und daher mag es der Kreuzzeitung gestattet sein, eine Theorie zu verkünden, welche nach Bonaparte'schem Muster die Souveränität der Krone gewissermaßen auf das suffragane universel stellt. Aber was will die Sternzeitung sagen, wenn wir sie nach den Wahlen beim Worte nehmen? Kein guter Preuße zweifelt daran, daß die nächsten Wahlen gegen die jetzige Regierung ausfallen werden. Will die Sternzeitung dann behaupten, daß die Wahlen gegen die Krone ausgefallen seien? Dem wahren Nutzen der Krone würde sie damit nicht dienen. Wenn wir gegen das jetzige Ministerium stimmen, so glauben wir eben so treue Unterthanen des Königs zu sein, wie die Anhänger des Ministeriums, und wir denken Sr. Majestät getreue Opposition zu bleiben, bis unsere Freunde wieder im Rathe der Krone sitzen.

Für den Augenblick ist das, was jetzt geschieht, ein empfindlicher Rückschlag, sowohl in inneren als auch in deutschen Angelegenheiten. Schon macht sich dies in den Verhandlungen des gothaischen Landtags über die Militärconvention bemerkbar. Für die deutsche Frage wird es das Günstigste sein, wenn in der nächsten Zeit von ihr gar nicht die Rede ist. Aber darum darf man nicht an der Gesundheit des preussischen Staats verzweifeln, noch an seiner Fähigkeit, die Führung der deutschen Dinge zu übernehmen. Das preussische Volk wird jetzt zu zeigen haben, daß es mit Ruhe und Festigkeit die gesetzlichen Mittel zu gebrauchen versteht, welche die Verfassung ihm an die Hand gibt. Es mag sein, daß der Kampf etwas länger währt und erbitterter geführt wird, als diejenigen glauben, welche dem jetzigen Ministerium nur eine Lebensdauer von wenigen Monaten versprechen. Aber das Resultat wird sein, daß aus einigen Gewitterstürmen der preussische Staat erfrischt und gestärkt hervorgeht. So lange man von allen Seiten sich innerhalb der Schranken hält, welche die Verfassung zieht, kann der endliche Sieg einer verfassungsmäßigen Regierung nicht zweifelhaft sein. Dies hoffen und erwarten wir in einem so ruhigen, gesetzlichen, leicht zu regierenden Lande, wie Preußen ist. Sollten aber dennoch die Schranken der Verfassung von irgend einer Seite überschritten werden, so würde ein solches Unrecht nur demjenigen, der es begeht, zum Verderben gereichen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von C. E. Albert in Leipzig.